

# Schüler im Therapeutenstadl

Obwohl sie weder geistig noch körperlich behindert sind, werden immer mehr Kinder in Sonderschulen gesteckt und später von der Invalidenversicherung versorgt. Das wirft ein schlechtes Licht auf die Volksschule, die angeblich alle Schüler integrieren will. *Von Lucien Scherrer*

Mike (Name geändert) ist ein intelligenter, aber mühsamer Schüler: Er stört den Unterricht, tanzt den Lehrern auf der Nase herum und ist die meiste Zeit bekifft. Seine Eltern sind ratlos – und geben sich die Schuld am Versagen ihres Sprösslings. Die Schule versucht dem Jungen mit allen möglichen Elixieren und Therapien beizukommen: Er wird mit Ritalin versorgt, von Noten und häufig auch vom Unterricht befreit. So braucht er nur über Bauchschmerzen zu klagen, und schon wird er nach Hause geschickt. Doch der pflegliche Umgang macht ihn nur noch renitenter. Jetzt wird eine Schar von Helfern auf den Schüler

## In manchen Klassenzimmern herrscht ein Kommen und Gehen von Sonderpädagogen.

losgelassen. Psychologen, Logopäden und Motoriker sollen ihn, den «Verhaltensauffälligen», analysieren und heilen. Es hilft alles nichts. Mit zwölf Jahren wird Mike, dutzendfach abgeklärt und begutachtet, in eine heilpädagogische Sonderschule abgeschoben. Obwohl er weder geistig noch körperlich behindert ist. Mike ist kein Einzelfall. Die Zahl der Kinder, die in Sonderschulen geschickt werden, ist in der Schweiz seit den neunziger Jahren dramatisch gestiegen – und das bei tendenziell abnehmenden Gesamtschülerzahlen. Im Kanton St. Gallen wurde seit 1990 ein Zuwachs von vierzig Prozent verzeichnet; derzeit gibt es über 1500 Sonderschüler. Nicht besser sieht es im Kanton Zürich aus: 3852 Schüler wurden 2010 in Heim- und Sonderschulen unterrichtet; zehn Jahre zuvor waren es noch 2704. Im Aargau wurden im letzten Jahr 1663 Sonderschüler gezählt, rund 170 mehr als 2007. Kanton und Gemeinden kostete das über 109 Millionen Franken. Die Invalidenversicherung (IV) hat sich 2007 aus der Finanzierung der Sonderschulen zurückgezogen. Seither streiten sich Gemeinden und Kantone über die Aufteilung der ausufernden Kosten.

Dabei ist die Zahl der geistig und körperlich behinderten Kinder – diese stellen die klassische Klientel der Sonderschulen dar – konstant geblieben. Explodiert ist dagegen die Zahl derer, die wegen Verhaltensauffälligkeit oder «sozialer Beeinträchtigung» vom normalen Unterricht ausgeschlossen werden. Im Kanton Zürich etwa wurden im Jahr 2000 noch 522 verhaltensauffällige Sonderschüler



*Man nennt es «verhaltensoriginell».*

gezählt. Zehn Jahre später waren es bereits 877. Und es sind längst nicht mehr nur schlecht integrierte Migrantenkinder, die in Sonderschulen gesteckt werden, sondern zunehmend auch Söhne und Töchter aus gutbürgerlichen Familien. Der Boom der Sonderschulen macht umso stutziger, als es ihn eigentlich gar nicht geben dürfte. Denn von Graubünden bis Genf wird dem Grundsatz nachgeeeifert, möglichst alle Kinder, egal, ob sie verhaltensauffällig, lernschwach oder behindert sind, in Regelklassen zu unterrichten. Klein- und Sonderklassen werden im Namen der Chancengleichheit aufgelöst, weil von der Integration angeblich alle Kinder profitieren: die Schwachen von den Starken und umgekehrt.

## Endlager für schwierige Schüler

Vor diesem Hintergrund müsste jeder neue Sonderschüler eine Provokation sein, der das

hehre Projekt der Integration in Frage stellt. Diese Einsicht sucht man bei den Volksschulämtern jedoch vergeblich. Viel lieber macht man auf Zweckoptimismus. So schreibt Martin Wendelspiess, Leiter des Zürcher Volksschulamtes: «Die konsequentere Integration in die Regelklasse [...] hat im Bereich der Verhaltens- und Lernbehinderung dazu geführt, dass der Trend zur Separierung gebremst werden konnte.» Das scheint ein frommer Wunsch zu sein. Im Aargau etwa schätzt man die Situation weniger optimistisch ein. «Die Nachfrage nach Angeboten in stationären Sonderschulen für Kinder mit sozialer Beeinträchtigung ist anhaltend hoch», sagt Irène Richner, Sprecherin des Bildungsdepartements. Seit einigen Jahren steige auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die nebst «massiver Verhaltensauffälligkeit» an psychischen Störungen leiden würden. Obwohl die Anzahl Plätze in den

heilpädagogischen Sonderschulen aufgestockt worden sei, stiessen die Einrichtungen an die Grenzen der Belastbarkeit. Ob das an der Auflösung der Kleinklassen liege, lasse sich «nicht schlüssig beantworten».

Mit anderen Worten: Es herrschen Chaos und Ratlosigkeit. Statt das Konzept des integrativen Unterrichts zu hinterfragen, wenden



Hoher Therapiebedarf: Regierungsrätin Aeppli.



Immer neue «Klienten»: Erzieherin Garibovic.

Politiker und Behörden lieber Zwang an. So müssen die Gemeinden im Kanton St. Gallen nach dem Willen des Kantonsrates ab 2013 für jeden Sonderschüler 36000 statt wie bisher 21000 Franken bezahlen. Die Botschaft ist klar: Integriert, wenn ihr nicht ruiniert werden wollt. Dabei leiden finanzschwache Gemeinden, die oft eine hohe Sonderschülerquote aufweisen, schon heute unter den Kosten. Und der Druck auf die Lehrerschaft, die wegen der aufwendigen Integrationsübungen bereits am Anschlag ist, steigt noch mehr. Dabei gärt es dort schon lange: Viele Lehrer sind mit dem System des integrativen Unterrichts denkbar unzufrieden. In der Praxis, so der Tenor, profitierten die Kinder nicht voneinander – im Gegenteil. «Die verhaltensauffälligen Schüler sorgen dauernd für Unruhe, provozieren die anderen und hindern sie am Lernen», sagt ein Lehrer aus der Stadt Zürich. «Es wäre einfa-

cher, wenn diese Kinder wieder in Kleinklassen unterrichtet würden.» Eine andere Lehrerin berichtet, dass schwache und verhaltensauffällige Kinder (im Jargon «verhaltensoriginell» genannt) in Regelklassen derart fertig gemacht werden, dass sie froh sein müssen, wenn sie in eine Sonderschule dürfen. Manchmal helfe sogar der Schulpsychologe nach: «Er attestiert ihnen einen tieferen IQ, damit sie direkten Anspruch auf Sonderschulung haben.» Umgekehrt seien überdurchschnittlich intelligente Schüler unterfordert, weil die Lehrer keine Zeit mehr für sie hätten. Die Folgen sind ein sinkendes Leistungsniveau und Wechsel zu Privatschulen.

Am Ende führt das Ziel der Integration zu neuer Separation. Wie das Beispiel Mike zeigt, werden Sonderschulen zunehmend als eine Art Endlager für normal intelligente, schwierige Schüler missbraucht, die niemand mehr unterrichten will. «Es gibt einen Trend, Kinder in Sonderschulen abzuschieben, wenn Lehrer und Behörden nicht mehr weiterwissen», sagt ein Lehrer aus dem Aargau, der seit über zwanzig Jahren unterrichtet. Seiner Meinung nach gibt es heute mehr Schüler, die negativ auffallen, als früher. «Einige sind überfordert, andere unterfordert, und kaum einer kommt noch aus einer normal funktionierenden Familie.» Dennoch ist er überzeugt, dass neunzig Prozent der schwierigen Fälle verhindert werden könnten, wenn die Lehrer konsequent durchgreifen würden. «Sie haben aber oft Beisshemmungen.»

#### «Denen geht es nicht um die Kinder»

Die Nacherzieherin – allein das Wort spricht Bände – und Konfliktmanagerin Sefika Garibovic kümmert sich im Auftrag von Eltern oder Behörden um Kinder wie Mike, an denen sich Lehrer und Psychologen die Zähne ausbeissen. Für sie ist klar: Es gibt nicht immer mehr Kandidaten für die Sonderschule – es gibt nur immer mehr Kinder, die dazu gemacht werden. Schuld daran ist ihrer Meinung nach die «Betreuungsmaschinerie», die Bildungspolitiker in Gang gesetzt haben und an der sich Psychologen und Heilpädagogen laben. Diese würden die Klassenzimmer regelrecht durchkämmen, um neue «Klienten» zu finden. «Denen geht es nicht um die Kinder», sagt Garibovic, «die wollen bloss abkassieren.» Statt den Kindern zu helfen, würden sie ihnen das Gefühl geben, weder normal noch liebenswert zu sein.

Tatsächlich ist die Schule zu einer grossen Psycho-Couch geworden: Jedes zweite Schweizer Kind wird abgeklärt, mit sonderpädagogischen Massnahmen beglückt oder therapiert, wie aus einer Studie der Universität Zürich hervorgeht. In manchen Klassenzimmern herrscht zum Ärger der Lehrer ein permanentes Kommen und Gehen von Sonderpädagogen. Im Kanton Zürich ist der Therapiebedarf

offenbar derart gross, dass Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) künftig allen Lehrern eine heilpädagogische Ausbildung vorschreiben will. So gleicht die Schule zusehends einem Therapeutenstadl, in dem die Regelklässler ambulante, die Sonderschüler dagegen stationäre Patienten sind.

Patienten, die nicht nur Gemeinden und Kantone, sondern auch die Sozialwerke belasten. Viele Sonderschüler, gerade solche mit dem Stempel «verhaltensauffällig», landen früher oder später bei der IV. Diese muss sich um die berufliche Eingliederung der Schulabgänger kümmern – und das gelingt längst nicht immer. Im Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist man über die Entwicklung der Sonderschülerzahlen gar nicht glücklich. So klagte der damalige BSV-Direktor Yves Rossier 2011 in der NZZ, dass die IV immer mehr Schulabgänger als Neurentner versorgen müsse. Zahlen kann das BSV auf Anfrage der *Weltwoche* allerdings nicht liefern.

#### «Wir biibääbeln nicht»

Von der Sonderschule in die IV und am Tropf des Staates – das waren auch die Zukunftsaussichten von Mike. Die Schule wollte ihn in ein Heim stecken und bei der IV für die berufliche Eingliederung anmelden. Doch es kommt anders: Mikes Eltern wehrten sich und engagierten Sefika Garibovic. Die Nacherzieherin fand eine Volksschule im Aargau, die bereit war, den Schüler aufzunehmen. Und allen Unkenrufen zum Trotz klappte es: Mike erzielt passable Noten und wird von seinen Kollegen akzeptiert. Derzeit bewirbt er sich um eine Lehrstelle. «Bei uns ist klar geregelt, was geht und was nicht», sagt der Leiter der Schule, an der Mike unterrichtet wird. Und: «Wir biibääbeln nicht mit den Schülern. Vielleicht funktioniert es gerade deshalb.» ○

«Ich sage ja, weil das Bausparen unseren KMU und dem Gewerbe neue Aufträge bringt.»

Markus Hutter, Nationalrat FDP, Winterthur

17. Juni  
**JA**  
BAUSPAREN  
www.bausparen-ja.ch

Komtee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach, 3001 Bern